

II-570 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG
 Zl. 10.009/75-4/83

1010 Wien, den 18. November 1983

Stubenring 1

Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780

Auskunft

--

196 IAB**1983 -11- 21****Klappe****Durchwahl****zu 200 IJ****B e a n t w o r t u n g**

der Anfrage der Abgeordneten WIESER und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend Kauf von Dienstkraftwagen, Nr. 200/J

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich hinsichtlich der Einleitung auf die Beantwortung der Anfrage 190/J durch den Herrn Bundeskanzler zu verweisen.

Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

"Welche Dienstkraftwagen, welcher Marke und Type sind seit 24. April 1983 von Ihrem Ressort gekauft worden? (Anführung jedes einzelnen Kaufs)".

Frage 2:

"Was haben diese Dienstkraftwagen im einzelnen jeweils gekostet?"

Antwort:

Seit 24. April 1983 wurden

1 Audi 100 (51 kW)	S 162.851,--
1 Audi 80 Diesel (40 kW)	S 133.848,--
1 VW Passat-Variant (51 kW)	S 125.230,30

angeschafft.

- 2 -

Frage 3:

"Für welchen Zweck werden diese jeweils verwendet?"

Frage 4:

"Wem stehen diese Dienstkraftwagen zur Verfügung?"

Antwort:

Die Dienstkraftwagen werden zur kostengünstigen Abwicklung der Außendienste unbedingt benötigt und dafür verwendet.

Der PKW Marke Audi 100 steht den Leitern des Landesarbeitsamtes Tirol und des Landesinvalidenamtes für Tirol gemeinsam, der PKW Marke Audi 80 Diesel und der PKW VW Passat-Variant den Inspektionsorganen der Arbeitsinspektorate nach Maßgabe ihrer dienstlichen Agenden im Rahmen der von den Amtsvorständen erstellten Außendienstpläne zur Verfügung.

Frage 5:

"Welche Schäden wurden von welchen Personen seit 24. April 1983 an Dienstwagen Ihres Ressorts verursacht?"

Frage 6:

"Welche Kosten haben diese Schäden für den Bund verursacht?"

Antwort:

Es sind 3 Schadensfälle mit einer Schadenssumme von insgesamt S 113.977,70 eingetreten, davon wurde 1 Schadensfall mit einer Schadenshöhe von S 13.532,60 von Bundesbediensteten verschuldet; bei einem Schaden von S 35.445,10 liegt Fremdverschulden vor, die Verschuldensfrage für den letzten Fall ist bisher nicht geklärt. Es dürfte jedoch auch Fremdverschulden vorliegen.

Der Bundesminister:

